



vereine des Verbandes der Isolierer mit 240 Mitgliedern durch den Anschluß dieser Organisation inzwischen zur Generalkommission gekommen. Lokalorganisationen gehören den Kartellen nicht mehr an. Die *Entwicklung der Kartelle* seit 1901 ergibt sich aus vorstehender Tabelle.

Die Hauptaufgabe der Kartelle ist die Betreibung der gewerkschaftlichen Agitation am Kartellort. Zu diesem Zwecke wurden durch die Kartelle im Jahre 1908 2668 allgemeine und 1474 berufliche, im ganzen also 4142 Versammlungen abgehalten, das sind 290 mehr als 1907. Merkwürdigerweise ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und der Arbeiterinnenkommissionen zurückgegangen. Während 1907 noch in 48 Orten weibliche Vertrauenspersonen und in 25 Orten Arbeiterinnenkommissionen bestanden, betrug die Zahl der Orte 1908 nur noch 30 resp. 18. Das ist sehr bedauerlich, besonders angesichts der Tatsache, daß die Frau immer stärker in das Erwerbsleben eindringt, sodaß sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen relativ schneller vermehrt als die der Männer; schon jetzt beträgt die Zahl der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Frauen 3510466. Die Kartelle werden daher der Einsetzung von Arbeiterinnensekretariaten oder weiblichen Vertrauenspersonen unbedingt wieder erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. Im Berichtsjahre beschäftigten sie sich weitgehend mit der Abschwächung der verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit durch Stellung von entsprechenden Forderungen an die Kommunen. Zur Beschaffung der notwendigen Unterlagen und Aufdeckung des ungeheuren Elends, daß die Krise durch die Arbeitslosigkeit über die Arbeiterschaft gebracht hat, wurden in 133 Orten Arbeitslosenzählungen vorgenommen. Der Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen dienten 1908 126 Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsachen und 233 Bauarbeiterschutzkommissionen, die von den Kartellen unterhalten wurden; ferner bestanden 63 Kommissionen für die Beseitigung des Kost und Logiszwanges. Ebenso ließen sich die Kartelle die Organisation der Arbeitervertreterwahlen zu den Gewerbeämtern, Krankenkassen und anderen sozialpolitischen Einrichtungen und die Agitation für die Wahl sozialpolitisch geschulter Arbeiter mit Erfolg angelegen sein. Die Bildungsbestrebungen werden ebenfalls durch die Kartelle aufs regste gefördert. Die Zahl der Kartelle, die Zentralbibliotheken besitzen, stieg von 374 am Anfang auf 430 am Ende 1908, die Zahl der Lesezimmer unterhaltenden Kartelle von 56 auf 70. In 235 Kartellorten bestanden 1908 Bildungsausschüsse, in 234 wurden Jugendkommissionen eingerichtet. Die Zahl der Orte mit Gewerkschaftshäusern stieg von 33 auf 51. In 86 Orten bestehen von den Kartellen unterhaltene Arbeitersekretariate, während in 157 Kartellen Rechtsauskunftsstellen eingerichtet sind. 47 Kartelle veranlaßten im Berichtsjahr Sammlungen zur Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe und 83 Kartelle gewährten solche Unterstützungen aus ihrer Kasse.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen hauptsächlich aus festen Beiträgen, die bei 102 Kartellen bis zu 20 Pf., bei 383 von 21 bis 80 Pf., bei 70 von 81 bis 120 Pf., bei 37 von 121 bis 200 Pf. jährlich für jedes Gewerkschaftsmitglied betragen; 7 Kartelle erheben mehr als 2 Mk., darunter 1 Kartell 3 Mk. Die Durchschnittsbeitragsleistung stieg von 56,2 auf 60,7 Pf. Die Einnahmen der 589 Kartelle, die Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten, betragen 896291, die Ausgaben 883158 Mk. Läßt man die Einnahmen und Ausgaben für Arbeitskämpfe außer Betracht, so ergibt sich eine Steigerung der Einnahmen gegen 1907 um 101657 Mk., der Ausgaben aber um 186477 Mk. Die Kassenbestände stiegen von 471,770 Mk. Ende 1907 auf 484903 Ende 1908, also um 13133 Mk. Für Agitation wurden durch 484 Kartelle 84427 Mk., für Arbeitervertreterwahlen durch 240 Kartelle 29322 Mk., für statistische Erhebungen durch

84 Kartelle 7007 Mk., für Herbergen und Arbeitsnachweise durch 78 Kartelle 14739 Mk., für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle durch 90 Kartelle 82086 Mk., für Auskunftserteilung und Bildungszwecke durch 449 Kartelle 239403 Mk., für Verwaltung durch 522 Kartelle 189058 Mk. und für Sonstiges durch 547 Kartelle 223516 Mk. verausgabte.

Nach den Angaben der Kartelle der freien Gewerkschaften über ähnliche Einrichtungen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen (die selbst eine zuverlässige Berichterstattung darüber wohlweislich unterlassen) bestanden in 153 Orten (1907: 161) Kartelle der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, denen 606 (1907: 542) Ortsverbände angeschlossen sind. In 135 Orten (1907: 124) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 691 (1907: 551) Zweigvereine angehörten. In 20 Orten bestehen Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen, und in 94 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbureaus.

Alles in allem offenbart die Statistik, daß sich unsere Kartelle trotz des Rückganges in der Zahl der angeschlossenen Mitglieder nicht nur vermehrt, sondern auch innerlich gestärkt und gefestigt und ihre Einrichtungen zur Förderung der Arbeiterbewegung ausgebaut und vervollkommen haben. Der Mitgliederrückgang aber wird in den Jahren besserer Konjunktur vielfältig wieder ausgeglichen werden. Die Kartelle sind Einrichtungen innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden, die ihr zum Ruhme gereichen und die ihre Aufgaben von Jahr zu Jahr besser erfüllen: auf lokalem Boden für die Pflege der Solidarität in der Arbeiterschaft, für die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, für die Vertiefung des Klassenbewußtseins und für die Wahrung der Arbeiterinteressen unablässig tätig zu sein.

## Rundschau.

**Das Deutsche Steindruckgewerbe.** No. 12 bringt eine mit H. gezeichnete Notiz, in der unter Bezugnahme auf die in Coburg erhobene Forderung, als Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre beim Lehrprinzipal einen niedrigeren Satz festzusetzen wie bei einem anderen Prinzipal, folgende Welsheiten verzapft werden: »Die Gewerkschaft bezweckt nämlich gar nichts anderes, als den Lehrling möglichst bald dem Lehrprinzipal und dessen Einfluß zu entziehen. Die Lohndifferenz soll dem Lehrling Veranlassung geben, möglichst bald oder sofort nach der Lehre eine andere Stelle zu suchen. Was man damit beabsichtigt, liegt so klar auf der Hand, daß eine Erklärung wohl nicht notwendig ist. — Da haben wir's! Der Mann hat der Gehilfenschaft einmal gründlich in die schwarze Seele geleuchtet! Bloß stimmt die Sache nicht ganz. Tatsächlich entspricht die Differenzierung nur den Wünschen vieler Unternehmer. Und entgegenkommend, wie wir nun einmal sind, wurde diesen Wünschen, hinter denen wir keinerlei böse Absicht vermuten, entgegenzukommen versucht, trotzdem uns selbst an der Differenzierung rein gar nichts liegt. Im Gegenteil, wir könnten uns nur freuen, wenn auch der Lehrprinzipal dem im ersten Gehilfenjahre stehenden Gehilfen sofort einen höheren Mindestlohn zahlte! Der Schreiber der Notiz muß aber jedenfalls selbst ein sehr unsauberes Gewissen haben, da er hinter dem harmlosen Entgegenkommen der Coburger Gehilfen sofort eine versteckte Schuferei wittert, denn: »Was ich denk' und tu, traue ich andern zu!«

**Zur Dresdener photographischen Ausstellung.** Alle diejenigen Verbandsmitglieder und Mitglieder der Lehrlingsabteilung im Reiche, welche die bis zum 15. Oktober während internationale photographische Ausstellung in Dresden besuchen, können Vorzugsreisettskarten zu 50 Pf. (halber Preis in unserem Verbandsbureau, Ritzenbergstraße 2 II oder im Gasthaus »Senefelders«, Kaulbachstr. 16, erhalten. Letzteres ist nur einige Minuten vom Ausstellungspalast entfernt und die Karten sind auch Sonntags dort zu haben. Es genügt, sich auf unsern Verband zu berufen.

**In der Soinhofer Lithographiestein-Industrie** sind alle christlich organisierten Arbeiter, ca. 800, ausgespart worden, weil sie über die Betriebe wegen der in Aussicht gestellten Verschlechterungen (s. »G. Pr.« S. 202) die Sprere verhängten.

**Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** wird uns aus Karlsruhe folgendes geschrieben: Nachdem schon auf dem verfloßenen Landtag der badische Minister des Innern, Freiherr v. Bodmann als geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit die Einführung des Genter Systems empfohlen und den größeren Städten des Landes durch besonderen Erlaß geraten hatte, einen Versuch mit diesem Mittel zu machen, hat nun das Ministerium neuerdings eine umfangreiche Denkschrift veröffentlicht, in der das gesamte Material über die bisherigen Versuche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Städten zusammengestellt ist. Die Denkschrift spricht sich für die Anwendung des Genter Systems für die organisierten, für die Anwendung des Kölner Systems für die unorganisierten Arbeiter aus. Sollten die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht den wünschenswerten Gebrauch machen, so sei ein Gesetz zu erwägen, das die Gemeinden befugt, auf Grund eines Ortsstatuts eine obligatorische Arbeiterversicherung der ortsansässigen Arbeiter einzuführen und hierfür einen Beitrag zu erheben. Jede Versicherung ist organisch mit dem städtischen Arbeitsnachweis zu verbinden und mit diesem einheitlich zu leiten. Die Oberleitung des städtischen Arbeitsnachweises, der städtischen Noistandsarbeiten und der Arbeitslosenversicherungen ist in einer Hand zu vereinigen. Zu diesem Zwecke sind die Arbeitsnachweise zu Arbeitsämtern auszubilden und umzugestalten. Zu einer Aussprache über diese Vorschläge des Ministeriums findet nächsten eine Konferenz statt, zu der neben Vertretern der größeren und mittleren Städte Badens auch solche der Unternehmer und der Gewerkschaften eingeladen werden sollen. Es ist erfreulich, daß das Ministerium in der wichtigen Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechende Maßregeln treffen will. Hoffentlich führen sie zu einem Erfolg. Die Gewerkschaften werden es an praktischen Vorschlägen nicht fehlen lassen.

**Eine internationale Konferenz über Arbeitslosigkeit** wird nach der »Sor. Praxis« von einem französisch-belgischen Komitee, dem u. a. Präsident Cheysson, Ministerialdirektor Fontaine, Prof. Jay, Louis Varlez-Gent, Generalsekretär Keufer, Minister a. D. Millard angehören, angeregt. Die erste internationale Versammlung zum Studium des Problems der Arbeitslosigkeit hat in Mailand 1906 auf Anregung der Societa Umanitaria stattgefunden. Es handelt sich nunmehr darum, die zwischen den verschiedenen Ländern seither geknüpften Beziehungen zu befestigen und womöglich zu dauernden Einrichtungen zum Studium und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gelangen. Zu diesem Zwecke wird die Konferenz einen rein fachmännischen Charakter tragen müssen. Eine Vorbesprechung soll bereits Mitte Juli d. J. in Paris im Anschluß an die Tagung des internationalen statistischen Instituts stattfinden. Die Konferenz selbst ist dann für nächstes Jahr ebenfalls in Paris in Aussicht genommen.

**Gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer im Baugewerbe** hat sich das Eingangsamt des Gewerbegerichts in München durch folgenden bedeutungsvollen Schiedsspruch erklärt: »Während der Dauer des Tarifvertrags ist die Neueinführung aller einseitigen Zwangsmaßregeln unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitgeberorganisation wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden. Zweitens hat der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe deshalb unvorzüglich das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein München, die deswegen verhängte Sperre wieder aufzuheben. Dieser Schiedsspruch ist eine moralische Verurteilung des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeberorganisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrags dem Schiedssprüche zu unterwerfen.«

**Hermann Goldstein**, der einzige proletarische Vertreter im sächsischen Landtag ist am 14. Juni nach langem, schweren Leiden im Alter von 57 Jahren gestorben. Die Arbeiterbewegung hat durch das Hinscheiden Goldsteins einen äußerst schmerzlichen Verlust erlitten.

**Richard Augustin**, ein anderer wackerer Kämpfer in den Reihen des klassenbewußten Proletariats, starb plötzlich an Herzschlag am 16. Juni. Er war zuletzt der Verwalter des Restaurants des Berliner Gewerkschaftshauses. Wer ihn kannte, weiß, was die Arbeiterschaft an ihm verloren hat.

**Der Hansabund.** Am Sonnabend, den 12. Juni, fand in Berlin im Zirkus Schumann eine Versammlung der Vertreter der Industrie und des Handelsgewerbes, der Banken und der Handelsangestellten statt, die in erster Linie sich gegen die von den Agrariern vorgeschlagenen neuen Reichsteuern wendete. Es waren angeblich 6000 Personen in der Versammlung anwesend. Man sprach über die politische Lage im Reich und in Preußen, über die Finanzreform, redete viel vom Übermut der Junker, beschwor den ruhmvollen Schatten der alten deutschen Hansa herauf, gebärdete sich sehr radikal gegen die Regierung und huldigte dem Kaiser als dem Schirmherrn freier Bewegung und Gleichberechtigung aller Stände und Berufe. Dann gründete man den neuen Hansabund. Seine Gründer hoffen damit einen Wendepunkt im Leben der bürgerlichen Parteibewegung geschaffen zu haben!

**Die Durchpeitschung der Finanzreform-** beabsichtigt die klerikal-politisch-konservative Mehrheit im Plenum des Reichstags in vierzehn Tagen. Wie sie das ausführen will, darüber teilt nach den Münchener Neuesten Nachrichten vom 1. Juni durch seine drastische Rücksichtslosigkeit bekannter konservativer Parlamentarier jedem, der es hören will, folgendes mit: Bringe die Regierung ihre neuen Steuervorschläge ein, so werde die Mehrheit im Plenum diese Vorlagen kurzerhand und ohne Kommissionsberatung ablehnen und die Kommissionsbeschlüsse in allen wesentlichen Stücken in zweiter und dritter Lesung durchdrücken — nach dem Muster der Annahme des Zolltarifs von 1902. Alle Proteste der Regierungen und alles Geschrei der Minderheit werde daran nichts ändern. Stände der Bundesrat aber dann vor der vollendeten Tatsache, daß der Reichstag ihm 500 Millionen Mk. Steuern präsentiere, so werde er nicht den Mut haben, dieses Angebot auszuschlagen, sondern sicherlich zugreifen. — Wenn sich diesen parlamentarischen Volksausplünderern irgendein Widerstand in den Weg stellt, dann genießen sie sich nicht im mindesten, ihn durch Gewalt und Rechtsbruch aus dem Wege zu räumen. Das haben sie 1902 beim Zolltarif bewiesen. Und doch wählen leider die Gepfänderten ihre Peiniger wieder!

**Als Retter der Anzeigensteuer,** schreibt der Deutsche Buch- und Steindruckerverein, tritt in der Tagespresse der Rheinlande ein Regierungsrat **Bahnauer** auf, der die Reichsverbrauchsteuern einer wohlwollenden Besprechung unterzieht und es für sehr verkehrt hält, die Anzeigensteuer aufzugeben, wie dies von der Steuerkommission des Reichstages und vom Reichskanzler geschehen. Der Einwand, die Steuer könne nicht abgewälzt werden und werde vom Verleger getragen, sei grundfalsch. Ihre Bemessung nach der Eindrucksgebühren sei sicher die grundsätzliche Belastung des Inserenten. Im übrigen möchten kleine Gewerbetreibende die Zellenzahl ihrer Anzeigen einschränken. Man weiß nicht, über wen man sich bei diesem Artikel mehr wundern soll: über den Herrn Regierungsrat, dessen Feder so ahnungslos über alle Probleme hinweggleitet oder über die Verleger, die solchen Erzeugnissen anstandslos Raum geben, obwohl sie doch in erster Linie besser wissen, was es mit der Anzeigensteuer im Geschäftsbetriebe auf sich haben würde.

**Ueber die Einschränkung der Ueberstunden** in den Buch- und Kupferdruckereien veröffentlicht der französische Arbeitsminister ein Gesetz, das den Buchdruckereien untersagt, ihre Arbeiter mehr als 50 Ueberstunden im Jahre machen zu lassen. Bisher waren jährlich 100 Stunden zulässig. Die Kupferdrucker dürfen bis zu 100 gegen seither 200 Stunden arbeiten lassen. Das Gesetz ist auf Verlangen der Arbeiter und gegen den Willen der Arbeitgeber zustande gekommen.

**Genossenschaftliche Rundschau.**

Der **sechste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine** tagte vom 14. bis 16. Juni 1909 im goldenen Mainz. Der eigentlichen Hauptverhandlung gingen die Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses sowie die Sitzung der Verbandsfunktionäre und am Morgen des 14. Juni die zweite Generalversammlung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes voraus.

Zur **Eröffnungssitzung des Genossenschaftstages**, die am 14. Juni, abends 7 Uhr in dem prächtig geschmückten großen Saale der Stadthalle stattfand, waren die Delegierten in großer Zahl erschienen. Vorsitzender Radestock eröffnete die Sitzung. Nach vollzogener Bureauwahl begrüßte ein Trompeterkorps den Genossenschaftstag von der Tribüne durch Vortrag eines Musikstückes, dann hielt Radestock die Eröffnungsrede. Er begrüßte die erschienenen Delegierten, Gäste und Vertreter der Behörden. Von den städtischen Behörden ist Herr Bürgermeister Schmidt erschienen, die Handelskammer hat Herrn Kommerzienrat Bamberger entsandt. Begrüßungsreden hielten Bürgermeister Schmidt namens der Stadt Mainz, Bauer-Mainz für die Mainzer Konsum-, Bau- und Spargenossenschaft, Hansen namens der dänischen, Nast namens der französischen, Woodhouse namens der englischen Genossenschaft, Murphy für die schottische Großelkaufgesellschaft, Goray für den britischen, Unterstaatssekretär Dr. Elias für den holländischen Genossenschaftsbund, Wilhelm für den Zentralverband österreichischer Konsumvereine, Ailaine für die Großelkaufgesellschaft finnischer Konsumvereine, Selheim für den Verband russischer und Maag für den Verband schweizerischer Konsumvereine. Ueber die russische Genossenschaftsbewegung entwirft auch Dr. Totomianz ein sehr anschauliches Bild; er berichtet von großen Fortschritten dieser Bewegung und ladet den Zentralverband deutscher Konsumvereine ein, den nächsten allrussischen Genossenschaftskongreß zu beschicken. Den Schluß der Begrüßungsansprachen bildet eine kurze Rede des Genossen Bauer, des Vertreters der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Er dankt im Namen der Generalkommission und der verschiedenen auf dem Genossenschaftstage anwesenden Gewerkschaftsvertreter für die ergangene Einladung und betont die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung. Sämtliche Begrüßungsreden werden vom Genossenschaftstage mit regem Interesse angehört und mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ueber Aufgaben und Ziele des Internationalen Genossenschaftsbundes referiert dann noch der Sekretär des Bundes, Dr. Hans Müller-Zürich. Er führt u. a. aus: Die Genossenschaftsbewegung ist eine wirtschaftliche Bewegung. Sie ist ein Kind der industriellen Revolution, eine Verwirklichung des Assoziationsgedankens, der auf so vielen anderen Gebieten Triumphe errungen hat. Heute herrscht der ökonomische Kosmopolitismus, der Zug zur Weltwirtschaft. Dieser gebietet die Herrschaft des internationalen Gedankens und ihm können sich die Genossenschaften nicht entziehen. Das Kapital ist international, sein Gegner, die Genossenschaft, muß daher gleichfalls internationale Wege einschlagen. Die internationalen Genossenschaftskongresse genügen nicht mehr, wir brauchen eine feste Organisation, ein Sekretariat mit reichen Mitteln, Austausch genossenschaftlicher Erfahrungen u. dergl. Die Wichtigkeit und Bedeutung internationaler genossenschaftlicher Arbeit für die Genossenschaftsbewegung kann nicht leicht unterschätzt werden, sie sollte nun aber auch von allen Genossenschaften und Genossenschaftlern mit Kräften unterstützt werden.

Am **ersten Hauptverhandlungstage, 15. Juni**, erstattet zunächst Radestock den Bericht des Vorstandes, und daran anschließend Heinrich Kaufmann den Bericht des Generalsekretärs. Beide Referenten beziehen sich auf ihre schriftlichen Berichte und machen dazu ergänzende und erläuternde Angaben. Nach dem Berichte des Generalsekretärs beträgt die Zahl der Verbandsvereine 1068, die Mitgliederzahl etwa eine Million, der Umsatz 350 Millionen Mark. Ueberaus günstig entwickelt sich im Zentralverbande deutscher Konsumvereine die Eigenproduktion, deren Wert auf 45 Millionen Mark angewachsen ist. Der Reingewinn der Verlagsanstalt betrug 1908 61 000 Mark. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in vorbildlicher Weise geregelt. Die Versicherungsabteilung der Verlagsanstalt arbeitet mit 169 Vereinen bei der Feuerversicherung, 42 Vereine haben sich gegen Einbruchdiebstahl, 293 gegen Unfall, 216 gegen Haftpflicht versichert. Die Versicherungssumme beträgt rund 17 Millionen Mark für alle Vereine. Der Anfang ist befriedigend, das Wirken dieser Abteilung aber doch noch der Erweiterung fähig. Der Ertrag der Versicherungsabteilung fließt nicht in die Kasse der Verlagsanstalt, sondern wird zu allgemeinen genossenschaftlichen Zwecken benutzt. Zum Herbst dieses Jahres wird ein Rechtsbureau errichtet werden, dessen Kosten beinahe ausschließlich aus den Ueberschüssen der Versicherungsabteilung bestritten werden können. Zum Schlusse geht der Redner auf die Genossenschaftsstatistik ein, bedauert das Eingehen des Jahr- und Adreßbuches deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und begründet eine Resolution, in der die Aufnahme einer fortlaufenden Reichsstatistik über das Genossenschaftswesen gefordert wird. Diese Resolution soll der Reichsregierung und dem Reichstage zugestellt werden. Die Resolution, ein gemeinschaftlicher Antrag vom Vorstände und Ausschusse des Zentralverbandes, findet einstimmige Annahme.

Es folgen dann die Referate Dr. August Müllers über Produzentenkartelle und Konsumentenorganisation, des Generalsekretärs Heinrich Kaufmann über die Entwicklung der Unterstützungskasse und Kretschmers über die Errichtung genossenschaftlicher Ferienheime. Letzterer empfiehlt den Genossenschaften, die finanziell dazu in der Lage sind, es als ihre soziale Pflicht zu betrachten, ihren Angestellten und Arbeitern einen billigen und zweckentsprechenden Ferientaufenthalt zu ermöglichen. Dazu sollen Ferienheime dienen, die aus den Mitteln der Unterstützungskasse hypothekarisch begeben werden können. Die Errichtung der Ferienheime hat durch die einzelnen Vereine zu erfolgen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wird einstimmig angenommen und darauf der erste Verhandlungstag geschlossen.

Am **zweiten Hauptverhandlungstage, 16. Juni**, referierte zunächst A. von Elm über die Revision der Tarife mit dem Bäcker- und dem Transportarbeiterverbände. Der Referent behandelt in eingehender Weise die für die Revision der Tarife maßgebenden Umstände und stellt Vergleiche an zwischen den in genossenschaftlichen und Privatbetrieben herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Seine Ausführungen klingen dahin aus, daß die Genossenschaften sich wohl bewußt sein müßten, daß sie in ihren Betrieben vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen haben. Die neuen Tarife bringen den in Betracht kommenden Genossenschaftsarbeitern wieder Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeit, der Löhne und Ferien. Für Bäcker ist in kontinuierlichen Betrieben eine Arbeitszeit von acht Stunden einschließlich 20 Minuten Essenspause, in nichtkontinuierlichen Betrieben eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden vorgesehen. Für Chauffeurs ist die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden, für Kutcher und Stallente je nach den zu bezahlenden Lohnsätzen auf 9 bzw. 9 1/2 Stunden, an Sonnabenden auf 8 bzw. 8 1/4 Stunden, für Lagerarbeiter, Markthelfer, Kontorboten, Hausdiener und ungelernete Arbeiterinnen auf 8 1/2 Stunden, an Sonnabenden auf acht Stunden festgesetzt. Beide Tarife gelten vom 1. August 1909 ab auf die Dauer von fünf Jahren. Der Referent gibt der Erwartung Ausdruck, daß auch die Genossenschaftsarbeiter die ihnen gebotenen tariflichen Vorteile durch entsprechend höhere Arbeitsleistungen würdigen

möchten und ersucht den Genossenschaftstag, den vorgeschlagenen Tarifen seine Zustimmung zu geben.

Feuerstein begründete einen Antrag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine, der bezweckt, daß zur Schaffung zweckentsprechender Grundlagen für künftige Tarifvereinbarungen mit Gewerkschaftsorganisationen die Bildung einer Tarifkommission durchgeführt werde, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der für die Vereinbarungen in Betracht kommenden Genossenschaften einerseits und der in den Genossenschaften tätigen Arbeiter und Angestellten bzw. deren zuständigen Gewerkschaftsorganisationen andererseits zusammensetzen ist, und daß für weitere Tarifabschlüsse als Instanzweg zunächst die Beratung und Feststellung durch die Tarifkommission und darauf die Durchführung durch das Tarifamt zu erfolgen habe.

Nach reger Diskussion, in der besonders Dreher vom Transportarbeiterverbände dringend um Annahme des vorgeschlagenen Tarifes ersucht und den Antrag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine für die Gewerkschaften als unannehmbar erklärt, faßt v. Elm in seinem Schlußworte noch einmal die in der Diskussion berührten Punkte zusammen und fordert vom Genossenschaftstage die Annahme der Tarife, damit er vor der Welt den Beweis erbringe, daß ihm das erforderliche soziale Verständnis nicht mangle. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Tarifvorschläge gegen wenige Stimmen.

Die Zahl der Mitglieder des Tarifamtes wird dann auf fünf erhöht, und der Antrag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine wird abgelehnt.

Der Antrag der Konsum-, Bau-, Spar-, und Produktions-Genossenschaft zu Nürnberg, nach welchem die Konsumvereine des Zentralverbandes verpflichtet werden sollen, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß diese nicht in Zuchthäusern oder Gefängnissen angefertigt und nicht unter den von den Gewerkschaften festgesetzten tariflichen Bestimmungen hergestellt werden und der ferner alle Bestrebungen zu unterstützen fordert, die die krassen Zustände in der Hausindustrie zu beseitigen, geeignet sind, wird dem Vorstände des Zentralverbandes, der bereits dieserhalb mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verhandelt, zur weiteren Behandlung überwiesen.

Ueber die Tätigkeit des Tarifamtes referiert Heinrich Lorenz, der dem Genossenschaftstage wichtige Entscheidungen vorträgt.

Es folgt alsdann die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Tarifamtes. Als Vertreter der Genossenschaften werden v. Elm, Lorenz und Rieger, als Stellvertreter Kretschmer, Postel und Arnold gewählt. Den Bericht des Ausschusses des Zentralverbandes erstattet Markus. Die Verbandsrechnung, Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände, werden genehmigt und dem Vorstände Entlastung erteilt. Auch die Vorschläge zu den Kosten des Verbandes sowie zur Festsetzung der Beiträge werden nach den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt.

Bei den schließlich erfolgenden Wahlen in die verschiedenen Körperschaften werden Max Radestock als erster Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und das auscheidende Mitglied des Vorstandes, Konrad Barth, wiedergewählt. Ebenso werden die drei auscheidenden Mitglieder des Ausschusses, A. v. Elm, Professor Dr. Staudinger und Pöbbig wiedergewählt.

Nach einem kräftigen Schlußworte des Vorsitzenden Radestock fanden die Verhandlungen ihr Ende.

K. K.

**Zur Reichsversicherungsordnung.**

Von K. Möbinger.

VI (Schluß).

Das **vierte Buch** behandelt die **Invaliden- und Waisenversicherung**. Eine Erhöhung der ganz unzureichenden invalidenrente erfolgt nicht, ebenso keine Erleichterung ihres Bezuges. Nach wie vor wird die Rentengewährung von einer Erwerbsbeschränkung um 66 2/3 Prozent abhängig gemacht. Die Altersrente wird auch in Zukunft erst bei Erreichung des 70. Lebensjahres gewährt, vorausgesetzt daß die nötige Beitragshöhe erreicht wurde. Auch das Hellverfahren soll nur gewährt werden können, ein Rechtsanspruch der Versicherten darauf besteht nicht. Aber gerade das Hellverfahren ist für die Versicherten von allergrößter Bedeutung, haben sie doch ein weit größeres Interesse an der Wiedererlangung der Gesundheit und Arbeitskraft als an den wenigen Rentenpennigen. Der Entwurf bringt in allen erwähnten Punkten keinerlei Verbesserung.

Die Beiträge werden dagegen mit Rücksicht auf die **Witwen- und Waisenversicherung** erhöht. Neu eingeführt sind Zusatzbeiträge, die von jedem Versicherten geleistet werden können, wodurch sich die Höhe der etwaigen Rente natürlich erhöht. Von Vorteil ist diese Einrichtung aber auch nur dann, wenn die Rente gewährt wird. Solange der Bezug der Rente an erschwerende Bestimmungen geknüpft ist, solange werden zunächst die Versicherungsanstalten ein gutes Geschäft mit den Zusatzbeiträgen machen.

Unsere prinzipiellen Forderungen sind bekannt. Unsere Forderung der invalidenrente bei einer Erwerbsbeschränkung von 50 Proz., Gewährung der Alters-





Damit schließen wir für heut die Berichtserstattung und wollen nur hoffen, daß dieser Bericht zur Erstarbung der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern beitragen möge. In unserer nächsten Zusammenstellung wollen wir auf die innere Einrichtung der Verbände eingehen, wir rechnen aber auf tatkräftige Unterstützung aller angeschlossenen Landesorganisationen, so daß ein Land über die Organisation des anderen genau orientiert werden kann.

### Brief aus Saalfeld a. S.

Daß nicht bloß die Großstädte mit Arbeitslosen am stärksten belastet sind, sondern im Verhältnis zur Mitgliederzahl auch viele Kleinstädte, dafür ist Saalfeld der beste Beweis. Wir hatten hier schon denselben Prozentsatz arbeitsloser Kollegen, wie die größten Druckstädte Deutschlands. Daran ist die frühere riesige Lebrlingszuchterschuld, die auch heute noch ihre Nachwehen zeigt. So wurden erst kürzlich bei Schlick & Schmidt wie der drei Lithographen entlassen, sogar eigens geschultes Personal der Firma.

Obgleich nun hier in den Kleinstädtchen gerade genug graphische Anstalten bestanden, so hat die romantische Vorliebe für Kleinbetriebe, die wohl nirgends größer ist als in den Thüringischen Kleinstaaten, erst vor ein paar Jahren auf einem in der Nähe liegenden Dorfe einen neuen Kunsttempel erstehen lassen, der zuerst den Allerweltstamen »Müller & Co.« führte, aber gleich darauf die Firma »Löffler & Co.« erhielt. Nachdem die Anstalt vom Dorfe »Vor die Heide« nach Saalfeld über die Saale verpflanzt worden war, wurde ihr alleiniger Inhaber Herr Johannes Pucklitzsch.

Dieser kleinste und jüngste Betrieb ließ bei der Ortsverwaltung schon viele Klagen einlaufen, und die Mitgliedschaft hatte sich schon manchmal mit diesem Kleinbetrieb zu beschäftigen. So wurde einem älteren verheirateten von auswärts zugezogenen Kollegen ein größerer Lohnabzug angekündigt, der nur durch das Eintreten der Organisation verhindert wurde. Einem jüngeren Lithographen aus der Nachbarstadt Rudolstadt wollte man gerade vor Weihnachten einen größeren Lohnabzug machen. Der Lithograph hatte nur achtzehn Mk. Wochenlohn. Mehr als zwanzig Mk. wollte man ihm aber für »zurückgesandte Drucksachen«, die der alleinige Besitzer selbstgedruckt aber wahrscheinlich erst nicht ordentlich angesehen hatte, abziehen. Der jüngere Senefelders hätte also noch etwas mitbringen können, da sein Lohn für den »Abzug« noch nicht gelangt hätte! Auch hier hat die Ortsverwaltung guten Rat gegeben, und aus Furcht vor dem Gewerbegericht hat man den größeren Lohnabzug unterlassen.

Dieses Jahr zu Ostern wollte man den Kleinbetrieb vergrößern! Deshalb holte man sich aus der Fremde ein paar — Lehrlinge. Man setzte zu zwei Lithographengehilfen zwei Lithostifte! Als Ortsverwaltung und Bezirksleitung hinter dieses Mißverhältnis kamen, wollte man die beiden erst »ausprobieren«. In der Lithographie waren die Jünglinge in der ersten Zeit ja nicht zu viel, denn sie wurden mit dem Anschöpfen von Mirjauche und ihrer Beförderung nach dem Felde, mit Dunggubenentleeren und Kartoffellegen beschäftigt. Die alte »gute« Zeit war also wieder in Sicht! Nachdem von der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung der Firma mitgeteilt worden war, daß nur ein Lithographengehilfe gehalten werden dürfte, wurde der andere nicht mehr in der Lithographie gesehen. Er besorgte Postgänge, Papierschnitten, Bogenausstreifen etc. etc., wird also wahrscheinlich — Kaufmann!

Da auch in der Lokalpresse ein kleiner Artikel über den »Heide-Kunsttempel« kam, setzte sich Herr Pucklitzsch, der sich ebenso wie sein früherer Kompagnon Herr Löffler »gemeusert«, hat auf die Hosen und schrieb an den Ortsvorsitzenden einen Brief, der Hand und Fuß hatte und viel Heterkeit erregte. — Jeder Kollege, der Lust haben sollte, zu Herrn Johannes Pucklitzsch (Firma Löffler & Co.) zu pilgern, wolle sich erst genau erkundigen!

Die Verwaltung der Mitgliedschaft Saalfeld a. S.

### Ortsberichte.

**Heilbronn.** In unserer nur mäßig besuchten Monatsversammlung vom 12. Juni hielt Kollege Böhmestadt einen Vortrag über »Heinrich Heine, sein Leben, sein Wirken und seine Dichtungen«. Rezitationen aus dem Wintermärchen und anderer Gedichte, die der Vortragende mit voller Wärme und mit Verständnis vortrug, führten die Kollegen in die Gedankenwelt des Dichters ein. Mancher wird an diesem Abend mit dem Vorsatz nach Hause gekommen sein, sich mehr wie seither in seinen Mußstunden mit den herrlichen, Seele und Geist erfrischenden Liedern und Dichtungen Heines zu beschäftigen. Unseren fehlenden und schwänzenden Kollegen aber sei immer aufs neue zugerufen: geht künftig nicht achlos unseren Versammlungen aus dem Wege, denn sie sollen und müssen das Bindeglied geistigen Fortschritts und gemeinsamen Schaffens in einer Zahlstelle sein! Nur dadurch sind wir ein würdiges Glied unseres Verbandes, mit dem Bewußtsein, auch in kleinem Kreise das große Ziel der gesamten Arbeiter-

bewegung nicht aus dem Auge verloren zu haben. Durch festen Zusammenschluß in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung, durch Lesen der in Betracht kommenden Arbeiterzeitungen, durch Besuch von Versammlungen und Vorträgen wird dieses Ziel gefestigt zum Besten der gesamten Kollegen- und Arbeiterschaft. Darum Kollegen hinein in unsere Versammlungen. Die hiesige Verwaltung ist schon lange bestrebt, in diesen nur das Beste zu bieten.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

### Neue Vorlagenwerke für Lithographen und Zeichner.

Ueber den Wert der Vorlagenwerke wird in der Kollegenschaft verschiedentlich geurteilt. Mitunter hört man sogar die Meinung, daß Vorlagenwerke dem Lithographen überhaupt nicht dienlich seien, wenn er sich ein freies und selbständiges Schaffen angewöhnen wolle. Durch den Gebrauch von Vorlagen werde er dazu verleitet, sich in seiner Arbeit immer an Vorhandenes anzulehnen; an ein Selbständiges werden sei also bei der Benutzung solcher Hilfsmittel ganz und gar nicht zu denken.

Oewiß hat diese Ansicht etwas für sich, aber nur etwas! Alles hat neben seinen Licht- auch seine Schattenseiten. Bei den Vorlagenwerken aber kommt der etwaige Schaden, den sie nebenbei anrichten könnten, durchaus nicht in Frage. Daß sie im allgemeinen der Kollegenschaft in ihrem Fortkommen nur sehr nützen können, steht doch außer allen Zweifeln.

Man darf nicht vergessen, daß das beste Lehrmittel immer das gute Vorbild ist! Denn erfahrungsgemäß kommt am meisten der Lithograph in seinen Leistungen vorwärts, der sich stets bei seiner Arbeit die Erzeugnisse tüchtiger Fachgenossen zum Vorbild nimmt. Solche Vorlagen, die mustergültig sind für Form und Technik, regen ihn fortwährend zur Nachahmung an.

Aber leider genießen nur sehr wenige Lithographen das Glück, derartige Lithographien zum Vorbild nehmen zu können. Es ist ja eine zu beklagende Tatsache, daß in vielen Fällen selbst nicht einmal ihre Verfertiger Abdrücke von mustergültigen Lithographen bekommen, geschweige denn, daß solche die Unternehmer auch noch andern Lithographen zukommen lassen und sei es nur zu Lehrzwecken. Im Interesse unsers Berufs ist das sehr zu bedauern! Den Lithographie-Unternehmern will aber auch gar nicht einleuchten, daß sie sich durch dieses Verhalten selbst sehr schädigen.

Hier einen Ersatz zu bieten, dazu sind nun die Vorlagenwerke sehr geeignet. Der Lithograph findet in ihnen aber nicht nur ein gutes Lehrmittel, sondern auch eine vortreffliche Stütze bei der Suche nach Motiven. Wohl wird im allgemeinen vom Lithographen verlangt, daß er frei und selbständig schaffe, im praktischen Berufsleben aber kann dieses Verlangen, so berechtigt es auch sei, von ihm nicht immer erfüllt werden. Solche Grundsätze, wie sie mit Recht in den Fachschulen gepflegt werden, daß den Lithographen beim Entwerfen die Benutzung vorhandener Motive verboten sein muß, lassen sich eben nicht im Berufsleben voll durchsetzen. Neue Motive zu ersinnen, dazu braucht man bekanntlich Zeit und Muse, und daß hierin der Lithograph nicht schwelgen kann, weiß doch jeder. Bei der üblichen Hetzjagd bleibt ihm in der Regel gar kein anderer Ausweg, als seine Schöpfungen anlehnend an Vorhandenes aufzubauen. Und als alleinige Quelle, aus der der Lithograph schöpfen kann, können nach dem neuen Urheberrecht heute nur noch die Vorlagenwerke in Frage kommen. Damit wäre ihre Nützlichkeit und Notwendigkeit voll auf bewiesen!

In den letzten Jahren sind verschiedene neue Vorlagenwerke für Lithographen und Zeichner auf den Markt gekommen. Davon konnten wir den Kollegen einige besonders empfehlen. So z. B. den im Verlage von Josef Heim in Wien VI/1 erschienenen »Etikettenschatz«. Neue Folge, Heft I. Wie jetzt in der »Freien Kunst« mitgeteilt wird, soll Heft II dieses vortrefflichen Werkes im Herbst 1910 erscheinen. Hoffentlich wird sich dieses zweite Heft dem ersten würdig an die Seite stellen. Weiter sei noch erwähnt das von Herrn Peter Filbert in Dresden herausgegebene prächtige Werk »Allerlei Praxis«, 20 Blatt Schriften, Umrahmungen, Etiketten usw. in praktischer Anwendung für Lithographen, Maler, graph. Zeichner usw.

Höchst wichtige neue Vorlagenwerke im modernsten Geschmack für Lithographen und praktische Entwerfer sind jetzt erschienen im Verlage von Friedr. Wolfram & Co. in Wien VIII/II, Josefstädterstraße No. 87 und Leipzig, Querstraße No. 21 — 23.

Da ist zuerst zu nennen »Moderne Graphik«, Serie I, 48 Tafeln farbige Originalentwürfe. Auf diesen 48 Tafeln werden uns Merkanilarbeiten jeder vorkommenden Art vorgeführt, wie Briefköpfe, Karten, Programme, Preislisten, Packungen, Etiketten usw. in einfacher und in reicher Ausführung. Es ist wirklich etwas Oediegenes, was uns hier geboten

wird. Die Arbeiten sind in jeder Hinsicht vollkommen: im Entwurf, in der Lithographie und im Druck. Die Entwürfe sind modern und geschmackvoll, sie sind in ihrer Wirkung so gehalten, daß sie in der Praxis bei jedem, auch bei dem in dieser Beziehung verwöhnten Kenner ansprechen müssen. Man muß zuerkennen, daß die Arbeiten in ihrer Gediegenheit kaum noch zu übertreffen sind. Wir wüßten auch nicht, daß uns auf dem Gebiete der Merkantilarbeiten jemals Gleichwertiges geboten worden wäre. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Merkantilarbeit wieder sehr an Boden gegenüber den sie bedrängenden Konkurrenzverfahren gewinnen muß, wenn in der Ausstattung ihrer Erzeugnisse allgemein den hier gebotenen Musterarbeiten nachgestrebt wird. Es wäre nur zu wünschen, daß es dazu komme!

Für den Lithographen wie für den Entwerfer ist dieses Werk von hoher Bedeutung. Dem Entwerfer wird gezeigt, wie man durch geschickte Ausnutzung des Flächenornaments mit wenigen harmonischen Farben die geschmackvollsten und effektivsten merkantilen Drucksachen anordnen kann. Die Schriften sind mit großer Liebe und Sorgfalt behandelt, sie sind sehr gefällig und gut leslich. Man sieht, daß man auch hierin modern sein kann, ohne sich in bizarren Uebertreibungen zu ergreifen. Für den Lithographen sind die Tafeln, da sie meist in vorzüglicher Gravurlithographie hergestellt sind, ein mustergültiges Vorbild für die Technik. In der Anfertigung der Tonplatten kann er die verschiedensten lithographischen Verfahren studieren. Zwei oder drei Töne sind manchmal so verarbeitet, daß sie die Wirkung erzielen wie vier oder fünf Farben.

Im ganzen ist das Werk dazu geeignet, dem Lithographen neuzeitlichen Geschmacks-, Formen- und Kombinations Sinn einzuflößen; sowohl als Lehrmittel für die Technik, wie auch als Fundgrube bei der Suche nach Motiven wird es ihm unschätzbare Dienste leisten. Das Werk erscheint in 4 Lieferungen. Jede Lieferung zu 12 Tafeln kostet 12,50 Mark. Auch bequeme Teilzahlungen sind gestattet.

Weiter ist im gleichen Verlage erschienen: »Graphische Neuheiten«, ein neuer, moderner, hochkünstlerischer Motivenschatz für Lithographen und andere graphische Künstler. Das Werk teilt sich in zwei Serien zu je 48 Tafeln in feinstem Farben- und Lichtdruck. Es bietet uns Karten, Vignetten, Umrahmungen, Buchschmuck, Etiketten, Monogramme, Initiale, Zierleisten, Kalender, Plakate und anderes mehr. Die Monatshefte für Graphisches Kunstgewerbe schreiben, der Wert einer Vorlagentafel bestehe recht in der Möglichkeit ihrer vielseitigen Verwendbarkeit. Bei einer Vorlagentafel solle möglichst jede Einzelheit Anregungen zu neuen Entwürfen geben. Jede Tafel solle ein Schatzkammer von Ideen sein, die im gegebenen Augenblick Verwendung finden können. Die Ansprüche, die die Monatshefte an eine gute Vorlagentafel stellen, finden wir tatsächlich von jeder Tafel dieser »Graphischen Neuheiten« erfüllt. Wir haben es hier mit einem Werke zu tun, daß seinen Schöpfern alle Ehre macht. Viele figürliche Sachen, oft in der künstlerischen Vollendung und Anordnung, bieten uns die 96 Tafeln in Großformat, die bei eintretendem Bedürfnisse jederzeit praktisch verwertet werden können. Wer auf dem Gebiete der modernen Reklamekunst für Handel und Gewerbe tätig ist, der wird sofort erkennen, welchen Nutzen ihm diese »Graphischen Neuheiten« bieten. Denn in der Ausstattung der Reklamedrucksachen sieht sich seit geraumer Zeit der graphische Entwerfer vor immer größere Aufgaben gestellt; es ist ihm kaum möglich, soviel neue Ideen zu schaffen, wie von ihm verlangt werden. Eine ungeahnte Fülle neuer, origineller Gedanken und Motive findet er nun in diesem Werke aufgespeichert; er braucht nur zuzugreifen, wenn er sich aus einer Verlegenheit helfen will. Wenig Farben, leichte und billige Technik und doch große Wirkung, das ist heute bei der Anfertigung von Reklamedrucksachen die Forderung. Und wie gut dieser Forderung nachgekommen werden kann, das zeigt fast jedes einzelne auf den Vorlagentafeln vorgeführte Beispiel.

Der Preis einer Serie zu 48 Tafeln ist 50 Mk. Auch hier wird den Kollegen die Anschaffung des Werkes durch Zulassung bequemer Teilzahlungen erleichtert.

### Aus den Sektionen.

**Berlin.** Mit den Zuständen in der Privatlithographie von M. Schönherr, die zum Streik der dort beschäftigten Lithographen und Andruker führten, beschäftigte sich eine starkbesuchte außerordentliche Versammlung der Lithographenfiliale am 18. Juni. Kollege Czech entrollte ein anschauliches Bild von den Verhältnissen bei diesem Schwitzmeister, der früher seinen Geburtstag durch Ausfülle mit »seinen« Gehilfen, die Geburt seines ersten Kindes durch die Spendung einer Bowle und andere rein persönliche Angelegenheiten in ähnlicher Weise mit »seinen Leuten« feierte. Natürlich waren diesen Feiern die üblichen Geschenke der Gehilfen vorausgegangen, zu denen auch diejenigen belauerten, die mit Akkordlöhnen von 8, 9, 10 Mk. usw. nach Hause gingen. Jede derartige Feier wurde noch wochenlang nachher von den Gehilfen an dem weiteren Druck auf die Akkordlöhne gespürt, so daß dieser Typus eines Schwitzmeisters seine Auslagen für die Gehilfen-Einseifungsfieren ums Vielfache wieder ein-

brachte. Durch das patriarchalische Verhältnis, durch das er seine Gehilfen zu betören verstand, ließen sich diese ruhig und geduldig das Fell über die Ohren ziehen. Aber 1906, nach der großen Bewegung, begann auch bei diesen Kollegen ein Begriff von der Unwürdigkeit ihrer Haltung zu dämmern. Sie fingen an, die schlaue gemeine Liebenswürdigkeit ihres Brotherrn zu durchschauen. Sie fanden den Weg zur Organisation, mit deren Hilfe sie im Herbst 1907 Schönherr zur Anerkennung der von den anderen Berliner Privatlithographen schon vorher anerkannten Schutzverbandsbedingungen zwangen. Der unbeschränkten Ausnutzung der Arbeit anderer zum eigenen Vorteil und der unbegrenzten Preisunterbietung gegenüber seinen Kollegen und den Gehilfen der großen Anstalten war damit ein Ende gemacht. Dann brach die Krise herein, die besonders auf unserem Gewerbe schwer lastete. Waren doch von ca. 1000 Berliner Lithographen selten unter 100, zeitweise aber bis zu 200 arbeitslos! In dieser Zeit nun hoffte Schönherr seinen Welten erneut zur Blüte bringen zu können. Er brach seine früheren Zusicherungen auf Lohn-einführung und stellte einige Unorganisierte in Akkord ein, wodurch er auch die meisten anderen, schon vorher bei ihm beschäftigten Gehilfen zur Akkordarbeit zu zwingen verstand. Wie er dabei tatsächlich auf seine Rechnung kam, zeigen die Akkordverdienste der Gehilfen. Von zwei jungen Kollegen, die in ihrer letzten Stellung 24 Mk. Wochenlohn hatten, verdiente einer bei Sch. in 5 Tagen 14 Mk., der andere sogar nur 12 Mk. und ein anderes Mal in derselben Zeit 9 Mk.! Ein Kollege, der in seinen letzten Stellungen 30—33 Mk. verdiente, mußte bei Sch. nach fünfjähriger Arbeit mit 13 Mk. nach Hause gehen; ein älterer verheirateter Kollege mit früheren Akkordverdiensten von 35—36 Mk. in einer Firma konnte es bei Sch. nicht über 18—20 Mk. bringen! Für den Schwitzmeister war die »gute Zeit« wieder angebrochen. Aber er hatte die Rechnung ohne die Gehilfen gemacht, die einmütig gegen eine derartige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auftraten. Da Schönherr in der gegenwärtigen Konjunktur auf Verhandlungen mit der Organisation pfeifen zu können glaubte, traten die Kollegen in den Streik. Streikbrecher hat er trotz aller Bemühungen noch nicht gefunden. Nur die Hanslithographen Krause und Gräber suchen ihm aus der Tasche zu helfen. Dagegen hat ihn der Berliner Privatlithographenverein in anerkennenswerter Weise energisch von den Ruckschöpfen geschüttelt, was er in einem Schreiben an die Verwaltung zum Ausdruck brachte. In Brandenburg sind bereits 6 für Sch. bestimmte Kisten Steine von der dortigen Direktion wieder zurückgezogen worden. Ebenso haben die Lehrlinge, die Sch. während der Differenzen zu Ueberarbeit und Heimarbeit benutzen wollten, auf Verlangen ihrer Eltern die Ueberarbeit eingestellt. Der Schwitzmeister wird also erfahren müssen, daß die Gehilfenschaft nicht mehr schaffsgeduldig wie früher stillhält, wenn aus ihrer Haut Riemen geschnitten werden sollen. — An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, worauf die Versammlung das Vorgehen der Kollegen und die Maßnahmen der Verwaltung einstimmig akzeptierte.

**Leipzig.** In der am 8. Juni abgehaltenen Versammlung hielt Kollege Reimert einen instruktiven Vortrag über Idealismus in der Arbeiterbewegung. Er schilderte die Ziele der Anarchisten, der Hirschdunkerschen Gewerkvereine, der christlichen und der gelben Gewerkschaften, wie auch die der modernen Arbeiterbewegung. Den Idealismus der Anarchisten kennzeichnete Kollege Reimert treffend als Schwärmerel. Die Anarchisten, die die vollständige Freiheit des Individuums predigten, sahen ihr Ziel nur in der Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Von der politischen Macht hielten sie nichts, auch anerkannten sie kein Gesetz. Die bürgerlichen Arbeiter-Organisationen hätten sich zum Teil wohl auch erstrebenswerte Ideale gesteckt. Aber deswegen, weil sie den heutigen Staat und die heutige Produktionsweise erhalten wissen wollten, seien sie gezwungen, die gesteckten Ziele aufzugeben. Weiter schilderte der Vortragende kurz die Entwicklung des Kapitals bis zu seinen heutigen Gebilden: den Syndikaten und Trusts, deren Macht und deren Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst bürgerlichen Nationalökonomem zu weit gingen. Der Idealismus in der modernen Arbeiterbewegung sei ein ethischer und auch ein praktischer. Dies begründete Kollege Reimert an dem aufgestellten Programm der sozialdemokratischen Partei und an den Bestrebungen der Gewerkschaften. Beide Gebilde müßten sich ergänzen, indem die sozialdemokratische Partei für Erringung politischer Rechte wirke und die Gewerkschaften für wirtschaftliche Besserstellung kämpften. Lebhafter Beifall folgte dem interessanten Vortrag. In der Diskussion empfahl Kollege Herbst der Versammlung das Studium der in Betracht kommenden Literatur. Nur durch Schulung, durch eisernen Willen und durch Zusammenschluß könnten die Arbeiter ihre Lage verbessern. — Unter Punkt II gab Kollege Herbst das Resultat der aufgenommenen Lehrlingsstatistik bekannt. Danach haben sich an ihr von 208 Firmen 138 beteiligt. Diese 138 Firmen beschäftigten 798 Gehilfen und 191 Lehrlinge. Die fehlenden Firmen sind Privatlithographen, deren Ateliers selbst im Adreßbuch schwer aufzufinden sind. Verschiedene Lehrkontrakte haben zu Klagen bei dem Gewerbegericht geführt. Dabei ist, auch

das Gewerbegericht zu der Auffassung gekommen, daß Lehrlinge, die nur Postkarten lithographieren, nichts lernen können. Gegen eine Anzahl Firmen, die zu viel Lehrlinge eingestellt haben, mußte Klage beim Schutzverbande eingereicht werden. Dadurch wurde in betreffenden Firmen die Zahl der Lehrlinge auf das vereinbarte Maß gebracht. Kollege Herbst beklagte sich noch bitter über den saumseligen Eingang der Fragebogen. Hier müßten die in Betracht kommenden Kollegen besser ihre Pflicht tun! — Unter Gewerkschaftlichem wurde folgender Beschluß ohne Gegenstimme angenommen: Die Versammlung vom 8. Juni erneuert ihren die Schädlichkeit der Heimarbeit betreffenden Beschluß vom 13. November vorigen Jahres und erweitert ihn dahin: Regelmäßige Ueberstunden vergrößern die Arbeitslosigkeit und wirken deshalb schädigend. Planmäßige Ueberarbeit wird daher als statutwidrige Handlung betrachtet und dementsprechend geahndet! Dieser Beschluß war notwendig, da Ueberstunden in einzelnen Geschäften zu einer ständigen Einrichtung geworden sind, trotzdem eine große Zahl von arbeitslosen Lithographen vorhanden ist. Nachdem noch auf die Differenzen der Chemigraphen mit der Firma C. Wittstock hingewiesen worden war, deren Austragung auch die dort beschäftigten Lithographen nicht gleichgültig lassen darf, erreichte die Versammlung ihr Ende.



## Feuilleton.

### Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft.

IV.

#### Barbarei und Zivilisation bei den Hauptvölkern Europas.

##### a. Griechenland.

Während wir den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung der Europäer für die Wildheit und die Unter- und Mittelstufe der Barbarei als in ihren Hauptzügen gleichartig und auch wohl ziemlich gleichzeitig annehmen können, spielt sich die Entwicklung auf der Oberstufe der Barbarei sowie an ihrem Ausgang ganz verschiedenartig ab. Darum ist es wohl nötig, die Gestaltung des Lebens und Treibens der einzelnen Völker auf dieser Stufe getrennt zu betrachten. Auch gestattet es jetzt zum ersten Male die geschriebene Geschichte, die ja, wie wir wissen, mit der Zivilisation beginnt, die Zeitpunkte der verschiedenen Umwälzungen genauer anzugeben.

In allen früheren Epochen beruhte, wie wir zu schildern versuchten, der gesellschaftliche Fortschritt hauptsächlich auf der Verbesserung der Produktionsmittel. Von Stufe zu Stufe steigend, hatten diese ständigen Verbesserungen zu Anfang der Oberstufe der Barbarei die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit soweit gehoben, daß der einzelne einen beträchtlichen Ueberschuß über seinen eigenen Bedarf zu produzieren vermochte. Wie wir sahen, führte das zum Aufkommen der Warenproduktion, des Warenhandels und des Privateigentums. Die Revolution in der Produktions- und Eigentumsordnung schuf in der Sucht nach immerwährender Steigerung des Absatzes und damit des Profites einen neuen Anreiz zur weiteren Hebung der Produktivität der Arbeit. Während ehemals der Menschheit Streben lediglich dahin ging, so viel zu produzieren, daß sie selbst ihr Dasein bequem zu fristen vermochten, waren sie nun bemüht, möglichst viel über ihren Bedarf hinaus zu schaffen. Da diese Ueberschüsse für den Absatz bestimmt waren, so war die Förderung des Handels die Hauptaufgabe der Gemeinwesen jener Zeit geworden, denn durch die größere oder geringere Blüte des Handels wurde der Grad ihres Wohlstandes und ihrer Macht bestimmt.

Der Umfang des Warenhandels wird jedoch nicht allein durch den Grad der Ergiebigkeit der Arbeit bestimmt, sondern auch durch den Bodenreichtum und die geographische Lage eines Landes. Besonders die Bedeutung der geographischen Lage wuchs infolge der Ausbreitung des Warenhandels ganz gewaltig; ihre Lage zu den großen Weltverkehrsstraßen begann für die Macht und Größe der Gemeinwesen jener fernsten Zeit maßgebend zu werden. Dies gilt für jene Entwicklungsstufe mit ihren vergleichsweise beschränkten Verkehrsmitteln weit mehr als für die neuere und neueste Zeit.

Die Straßen des Weltverkehrs aber bewegten sich damals von Indien und Vorderasien, das wir schon mehrfach als die Wiege der Kultur kennen lernten, nach der Küste des östlichen Mittelmeeres. Von hier aus ging es sodann über das Mittelmeer, das Weltmeer jener Zeit, nach Westen und Norden. Kein Wunder daher, daß die an den Gestaden des Mittelmeeres, also unmittelbar an den Routen des Weltverkehrs wohnenden Völkernschaften

am frühesten und schnellsten den Schritt von der Barbarei zur Zivilisation taten.

Schon sehr frühzeitig ist der fördernde Einfluß der günstigen geographischen Lage auf die Kultur-entwicklung der Bevölkerung Griechenlands zu beobachten. Bereits in der Bronzezeit, also in einer Epoche, in der der Umfang des Handels im allgemeinen noch gering war, gelangte das Volk der Mykenäer durch ihn zu relativ hohem Reichtum. Es bewohnte die Insel Kreta und die peloponnesische Halbinsel. Dieser Sitz aber war ganz besonders günstig, da der gesamte Handel zwischen Asien und Europa sich an diesen Punkten kreuzen mußte. Daneben mögen Raub und Plünderung nicht wenig zu Hebung des mykenischen Reichtums beigetragen haben.

Die Blütezeit der mykenischen Kultur fiel etwa in die Zeit von 1600—1450 vor unserer Zeitrechnung. Zahlreiche Ueberreste, die uns ihren für jene Zeit seltenen Kulturreichtum dokumentieren, finden wir in den Museen.

Um das Jahr 1400 wurden sodann die Mykenäer von aus dem Norden kommenden Griechenstämmen verdrängt. Diese Stämme legten den Grund zu jenen griechischen Stadtstaaten, die einige Jahrhunderte später den Handel des Mittelmeeres beherrschten. Dessen Reichtum gestattete ihnen, eine Kulturböhe zu erklimmen, der wir noch heute unsere vollste Bewunderung zollen. Im Brennpunkt der antiken griechischen Kultur lag Athen. Deshalb lohnt es sich, bei der Betrachtung der Entwicklung Athens längere Zeit zu verweilen.

Abgesehen von sagenhaften Ueberlieferungen, deren Wert für die Geschichtsschreibung gering ist, schöpfen wir die ersten Mitteilungen über Leben und Treiben der Athener aus den Dichtungen Homers, die dem 9. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung entstammen. Aus ihnen vermögen wir zu erkennen, daß wir in den damaligen Athenern Barbaren der Oberstufe vor uns haben, denen die Bearbeitung des Eisens schon bekannt war. Als Ackerbauer saßen sie nach Stämmen gruppiert in den Talgründen und an der flachen Küste der Landschaft Attika. Ihr bald aufblühender Reichtum, der sowohl der Fruchtbarkeit des Bodens, als auch der dem Handel günstigen Lage zu danken war, verlockte die ärmeren, gebirgbewohnenden Nachbarn zu fortwährenden Raubzügen. Die Angriffe schweißten schon frühzeitig die einzelnen Stämme zu festeren Organisationen zusammen, in deren Verfassung wir die der militärischen Demokratie wiedererkennen, die wir im dritten Artikel betrachtet haben. Die Gens war die Grundlage der Verfassung; die Vorsteher der Gentes eines Stammes bildeten den Volksrat, der die Gesetze schuf, soweit solche nötig waren. Nur in außergewöhnlichen Fällen geschah das durch die Volksversammlung, die außerdem zur Wahl des Königs (Basileus) und zur Besetzung der übrigen Aemter des Stammes zusammen kam. Der Basileus war Heerführer und oberster Richter.

Die politischen Rechte beruhten also zum guten Teil auf der Zugehörigkeit zur Gens und zum Stamm. Mißgun konnten sie nur dort ausgeübt werden, wo der Stamm seinen Sitz hatte.

Solange die Athener ackerbaureibend und nach Gentes und Stämmen gruppiert auf ihren alten Plätzen saßen, ging das. Durch die Auflösung der Gentiorganisation, die Zunahme des Warenaustausches, die Entstehung von Städten und das Aufkommen einer auf der Sklaverei beruhenden selbständigen Industrie wurden aber die attischen Stämme derart durcheinander gerüttelt, daß gar vielen von ihnen die Ausübung ihrer politischen Rechte unmöglich gemacht wurde. Theseus schuf daher eine Verfassung, welche die 4 Stämme der attischen Griechen zu einem Staatsganzen mit Athen als Hauptstadt zusammenfaßte. Durch sie erhielten die Angehörigen dieser Stämme wenigstens einen Teil ihrer Rechte auch dort, wo sie außerhalb ihres Stammes und ihrer Gens standen. Bald darauf folgte eine Einteilung des Volkes in Ackerbauer, Handwerker und Adlige, mit der für den letztgenannten Stand, dessen Ursprung wir ja kennen, das alleinige Recht zur Besetzung der Staatsämter verbunden war. Diese Bevorzugung der Reichthumsaristokratie war die Folge davon, daß die Gentes schon früher damit begannen hatten, das Amt des Vorstehers der Gens, dem die Ausübung der politischen Rechte oblag, stets dem reichsten Mitglied zu übertragen.

Die alte demokratische Gentiorganisation war also durchbrochen. An ihre Stelle trat eine Klassenherrschaft, die gar bald die schädlichsten Folgen zeitigen sollte.

Die Reichthumsaristokratie, die sich am Ruder befand, verstand es vortrefflich, mit Hilfe der Macht des Staates und ihrer wirtschaftlichen Uebermacht alle Vorteile der neuen Produktions- und Austausch-

